

Grundfragen der Christlichen Demokratie

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 3/2006

Jörg-Dieter Gauger

Patriotisch und konservativ?

Zum geistigen Profil der Christlichen Demokratie

Sankt Augustin/Berlin, Juni 2006

ISBN 3-937731-92-X

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Jörg Dieter Gauger
Stellv. Leiter Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP
Telefon: +49 22 41 2 46 23 02
E-Mail: jörg-dieter.gauger@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Zum Geleit

Die Programmatik der CDU integriert drei historische Wurzeln, die christlich-soziale, die liberale und die konservative. Sie stehen freilich nicht unverbunden nebeneinander, sondern sind verankert in der christlichen Vorstellung vom Menschen und gewinnen auch nur von daher ihre Prägung und gegenseitige Begrenzung. Daher ist die Union weder eine nur christlich-soziale noch eine nur liberale noch eine nur konservative Partei. Sie verkörpert vielmehr – als überkonfessionelle Partei der Mitte 1945 gegründet – einen im deutschen Parteienwesen neuen Politikansatz. Es ist die religiöse Letztbegründung, die die Union von allen anderen Parteien in Deutschland unterscheidet und auf die sich ihre Grundwerte – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – ebenso beziehen wie sie auch Gedankengut und Denkformen einbindet, die sich den genannten Wurzeln verdanken.

Allerdings wurde nicht nur im Vorfeld der Bundestagswahl 2005, sondern wird auch und gerade vor dem Hintergrund der Großen Koalition und noch verstärkt durch die Debatte um ein neues Grundsatzprogramm immer häufiger die Frage nach dem geistigen Profil der Union gestellt. Es wird auch von ernstzunehmenden Beobachtern unterstellt, die Sozialdemokratie und die Christliche Demokratie seien programmatisch nahezu identisch. Mit dieser Einschätzung verbindet sich besonders häufig die Frage nach dem „konservativen“ Element. Dieser Frage muss sich die Union stellen, nicht nur deswegen, weil sie in den Medien immer wieder als „die Konservativen“ erscheint, was Klarstellung erfordert, sondern auch deswegen, weil bei vielen ihrer Stammwähler eine gewisse „konservative“ Grundhaltung vorausgesetzt werden kann, sie sich freilich weder personell noch gedanklich repräsentiert fühlen. Ist daher das „Konservative“ mehr als bestenfalls noch historische Reminiszenz? Besteht dabei nicht allzuleicht die Gefahr, sich in die „rechte Ecke“ abdrängen zu lassen? Oder ist „konservativ“ vielleicht doch

wieder im Trend, nachdem sich „progressiv“ in vielen gesellschaftlichen Bereichen ganz offensichtlich als Fehlentwicklung erwiesen hat? Könnte die aktuelle Patriotismusdebatte dazu beitragen, auch dieses Element wieder stärker zu profilieren, weil sich damit konkrete Themen verbinden, für deren Behandlung sich das gesellschaftliche Klima zu verändern scheint? Christentum, Werte, Leitbilder, Tugenden, Identität, Nation, Europa, Familie, „neue Bürgerlichkeit“, Kultur, „kulturelles Gedächtnis“, Geschichte, „Erinnerungskultur“, Bildung und Erziehung, „multikulturelle Gesellschaft“ und Zuwanderung. Wie sollte die Christliche Demokratie damit politisch umgehen? Dazu sollen die folgenden Überlegungen Denkanstöße geben

Zum Autor

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger, Jahrgang 1947, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.; Koordinator „Bildungs- und Kulturpolitik“, Hauptabteilung Politik und Beratung.

Patriotisch und konservativ?

Zum geistigen Profil der christlichen Demokratie

Jörg-Dieter Gauger

Politik schmückt sich gern mit Geist: Events mit Künstlern, Literaten, Professoren, das überhöht das Tagesgeschäft, verleiht der Politik eine kulturelle Aura, spricht die intellektuelle Szene an, ist preiswert, weil es keine Konsequenzen hat. Aber braucht eine Volkspartei auch ein geistiges Profil? Laut Duden ist ein Profil eine „stark ausgeprägte persönliche Eigenheit, Charakter“. Eine Volkspartei wie die CDU muss aber möglichst weit integrieren, ist es da überhaupt sinnvoll, jenseits allgemein gehaltener, von daher durchweg konsensfähiger Formeln ein solches Profil zu definieren? Sicher: Seit ihrer Gründung hat sich die CDU immer als weltanschaulich fundierte Partei verstanden, dezidiert vom Christentum geprägt. Aber seit Konrad Adenauers programmatischer Rede im März 1946 in der Kölner Universität hat die Gesellschaft sich tiefgreifend verändert. Ist es daher heute nicht eher ein strategischer Vorteil, diese „Eigenheit“ möglichst unprofiliert zu halten, also sich auf jene Formeln zu beschränken, die das übliche rhetorische Gerüst ausmachen, die Berufung auf „christliches Menschenbild“, die „Soziale Marktwirtschaft“, die „Weichenstellungen“ nach 1945, deutsche Einheit und Europa, womit sich Konrad Adenauer und Helmut Kohl als historische Größen mit Charisma und Kultcharakter verbinden lassen. Schon das einfache Bekenntnis zum „christlichen Menschenbild“ oder zum „christlichen Verständnis vom Menschen“, das den geistigen Urgrund der Union seit 1945 darstellt und all ihre programmatischen Äußerungen eröffnet, kann, wie noch 2005 Jürgen Rüttgers erfahren durfte, zu gefährlichen, weil bewussten Missdeutungen führen, wenn man nur irgendwie erkennen lässt, dass darin auch konkrete Konsequenzen für Politik und Lebensführung eingeschlossen sind. Funda-



mentalismusverdacht (vgl. George Bush) oder aggressiver Säkularismus (s. Buttiglione und das EP) oder die Unterstellung, man sabotiere den Dauer-„Dialog“ insbesondere mit dem Islam, für den ein Vertreter der Grünen sogar einen nationalen Feiertag erwogen hat, von der Nationalhymne auf Türkisch ganz zu schweigen, das sind so die üblichen, schon vorhersehbaren Reaktionen, die insbesondere durch bestimmte Medien verursacht oder verstärkt werden: Ein deutscher Papst, das darf eben – so Bundespräsident Horst Köhler - nur „ein wenig Stolz“ zulassen; viel lieber mäkeln wir gleich herum, statt uns zunächst einmal ganz gelassen zu freuen und es als Signal an die Welt zu werten, dass jedenfalls im Bewusstsein der weltumspannenden katholischen Kirche „deutsch“ und negativ nicht identisch zu sein scheinen.

Und wenn schon Christentum, gar noch katholisches, dann doch eine möglichst weichgespülte, unkonturierte Variante, die die individuelle Lebensführung möglichst nicht tangiert. Dort, wo die CDU konkrete Folgerungen auch aus ihrem „Menschenbild“ ableitet, stößt sie auf Abwehr: beim Beitritt der Türkei etwa auf die bis dato herrschende, erst jetzt langsam durchbrochene Multikultiideologie: die EU „kein christlicher Klub“, Gottesbezug in der europäischen Verfassung unnötig. Nur bei Embryonenschutz und Gentechnologie scheint derzeit noch ein von christlichen Restbeständen gefärbter parteiübergreifender Konsens zu bestehen.

All das könnte eher gegen zuviel „Charakter“ sprechen. Zumal man mit geistigem Profil keine Wahlen gewinnt. Für den Durchschnittsdeutschen stehen Arbeitsplätze und staatlich garantierte soziale Sicherheit an erster Stelle. Auch 40 Prozent der CDU-Wähler haben eine wohlfahrtsstaatliche Anspruchsmentalität. Freiheit, das ist immer noch die Freiheit individueller Lebensstile, die Freiheit wovon, nicht wozu, Eigenverantwortung wird mit Praxisgebühr und Zahnersatz assoziiert. Die Partei gewinnt, die all diese Ansprüche einzulösen scheint.

Aber diese Bilanz erfasst nur die Oberfläche. Ein geistiges Profil ist dann nachgefragt, wenn es sich zu Tiefenströmungen in der Gesellschaft in Beziehung setzen lässt, v.a. zu Eliten und bürgerlichem Mittelstand. Stimmungen und Signale, noch tastend, noch nicht deutlich konturiert, lassen wieder zunehmend erkennen, dass auch unsere Gesellschaft nicht „vom Brot allein lebt“, dass es daher weder ausreicht, nur auf sogenannte „harte“ Themen zu setzen, noch dass es genügt, Begriffe wie eine Monstranz vor sich herzutragen, ohne sie inhaltlich zu besetzen. Als der damalige Kanzler Helmut Schmidt und der damalige Oppositionsführer Helmut Kohl in den 70er Jahren über das Thema „Politik und geistige Führung“ stritten, war die Zeit dafür noch nicht reif, weil sie gar keine Notwendigkeit dafür sah, sich irgendwohin „führen“ zu lassen. Wem es gut geht, der will, dass es so bleibt. Heute geht es uns, und zwar nicht nur gefühlt, schlechter, und die Angst verstärkt sich, dass es uns in Zukunft noch schlechter gehen wird. Heute wollen die Bürger Orientierung, Orientierung aber leisten immer nur Persönlichkeit und Wertebezug der Akteure, wobei dieser Wertebezug sich in mittel- und langfristigen Ordnungsperspektiven niederschlagen und dort erkennbar sein muss. Was die SPD 2005 vorgeführt hat, war eine „Wertedebatte“; eine realistische Ordnungsperspektive ist bis heute nicht zu erkennen. Aber schon die „Wertedebatte“ als solche wird wahrgenommen und zeigt Wirkungen. Sind wir darauf genügend vorbereitet? Wo ist die Antwort der Union auf die Usurpation der „Sozialen Marktwirtschaft“ durch die SPD, als deren wahrer Erbe sie sich aggressiv gebärdete? Die Diskussion zwischen Schröder, Stoiber und Merkel um den Freiheitsbegriff hat, wenn auch nur kurz, aufblitzen lassen, was Michael Stürmer 1985 einmal grundsätzlich so formuliert hat, dass „in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“. Deutung von Vergangenheit: Geschichte, sie setzt seelische Schwingungen frei, schafft Stimmungen der Zugehörigkeit. Als wir im März 2005 in Köln 60 Jahre CDU feierten, hat Helmut Kohl sicher bewusst eine Rede gehalten, in der er mit persön-



lichem Bezug an Geschichte erinnerte, an die historische Leistung der CDU, und daraus Mut für die Zukunft ableitete. Der Saal „kochte“ vor Begeisterung. Und als Jürgen Rüttgers komplementär dazu und mit Berufung auf Konrad Adenauer die christlichen Grundlagen der Union einmal wieder entfaltete, statt sich nur einfach floskelhaft darauf zu berufen, da war im Saal das Bedürfnis handgreiflich, sich anrühren, bewegen, mitnehmen zu lassen, Identität zu feiern. Es geschieht sicher zu wenig in der Partei, um solche Grundstimmungen nachhaltig zu fördern. Denn das setzt Wissen voraus. Und man muss es können.

Daher sollten wir sehr genau auf entsprechende Signale aus der Gesellschaft hören, sie aufgreifen, sie verstärken, sie zu einem Element geistiger Führung machen.

Man spekuliert immer häufiger, verstärkt durch die Würdigung Johannes Pauls II. und das Engagement seines Nachfolgers, über eine „Renaissance der Werte“. Zwar dürften die Kirchen jetzt nicht wieder voller werden, aber wo viel Rauch ist, ist auch Feuer. Es ist sicher zutreffend, dass die Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft eine Folge und Ausdruck von Freiheit ist. Aber Freiheit kann auch deutlich überfordern, wenn sie bodenlos wird. Die 68er-Utopie einer libertären Freiheit – anything goes – ist an ihre Grenzen gestoßen, Neues trat nicht an ihre Stelle; in das Vakuum ist ökonomisches Denken, die Reduktion des Menschen auf seine Funktionalität, eingezogen und durchdringt alle Lebensbereiche. Was aber über Jahrzehnte Sinn stiften konnte (über Beruf, Aufstieg, Einkommen, Karriere), verliert seine Integrationskraft: Not lehrt bekanntlich beten. Und Erschütterung macht wach.

Religion, zu deren humanem Begrenzungspotential und daher gesellschaftlichem Wert sich neuerdings auch ein Jürgen Habermas bekennt, ist Welttrend, gegen die Konsumideologie, gegen die „progressive Auskühlung der menschlichen Sphäre“ (Herbert Kremp). 11. September,

Islamismus, Zuwanderung, Parallelwelten sind Stichwörter für das alltägliche Aneinanderstoßen mit Fremdkultur vor der Haustür. An die Stelle von Wertrelativismus und die Verwechslung von Toleranz mit Gleichgültigkeit tritt die Notwendigkeit, die Spannung von Identität und Differenz nicht nur auszuhalten, sondern zu gestalten, um selbst überleben zu können. Die Auseinandersetzung um einen verbindlichen Werteunterricht in Berlin jenseits konfessioneller Erziehung war daher nicht nur ein Lokalereignis, sie stellt die grundsätzliche Frage nach der Beliebigkeit und daher der Ebenbürtigkeit der Begründung von Wertvorstellungen: Kann uns alles gleich gültig sein? Oder ist alles gleichgültig?

Parallel dazu steigt zum zweiten das Bedürfnis nach „nationaler Identität“; damit liegen auch die Deutschen im europäischen kulturellen Renationalisierungstrend: heute sind 71 Prozent „stolz“ darauf, „Deutscher zu sein“, 85 Prozent meinen, als Deutscher könne man genauso auf sein Land stolz sein wie ein Amerikaner, Franzose oder Engländer: „deutsche Quote“ im Rundfunk, „deutscher Weg“ in der Außenpolitik, das „Deutsche“ in der deutschen Kunst, „Made in Germany“, Konrad Adenauer als „bester Deutscher“, „Luther“, „Das Wunder von Bern“, Filme über den Widerstand gegen Hitler oder über den 17. Juni 1953 finden ein Millionenpublikum. Die schwarz-rot-goldenen Fahnenmeere werden wir bei der WM 2006 noch gesteigert erleben. Es steigt offenbar das Bedürfnis, sich in positiv empfundener Vergangenheit wiederzufinden, an historische und kulturelle Leistungen anzuknüpfen, Symbole zu zeigen und sich selbst in seiner Eigenheit zu begreifen. Die Konstruktion: Multikulturalismus und Entsorgen in einer „europäischen (postnationalen) Identität“, zeigt Risse.

Zum dritten werden jahrzehntelang dominierende Grundüberzeugungen und Deutungsmonopole durchbrochen. „Wohlstand“ ist nicht mehr urwüchsig, Familie ist nicht mehr „repressiv“ oder „Gedöns“, „Eliten“



sind wieder erwünscht, „multikulti“ hat sich als Illusion entlarvt, die jüngste deutsche Geschichte erscheint nicht mehr nur als eine Tätergeschichte, auf Holocaust und Auschwitz zu reduzieren, sie erscheint auch als Opfergeschichte: Bombenkrieg, Flucht und Vertreibung melden sich zurück. „68“ – hier als Kulmination für die deutsche Kulturrevolution der 60er Jahre zu verstehen – steht nicht mehr nur für Aufbruch, es wird auch Dekultivierung, Niedergang und Verlust konstatiert, das lässt sich besonders krass am Bildungswesen nachweisen, dessen damalige „Reformen“ heute ihre Spätfolgen zeigen. Aber auch bei der Verlagerung der Wertpräferenzen, dem Traditionsabbruch und deren gesellschaftlichen Folgen. Es verschiebt sich die moral- und geschichtspolitische 68er-Tektonik der Republik.

Es wäre sträflich, wenn die Union nicht versuchen würde, diese Verschiebungen aufzugreifen und mit geistiger Führung zu verbinden. Wer sich um „Werte“ bemüht, liegt im gesellschaftlichen Trend. Der hat die Chance, sich nicht nur über jeweils aktuelle Politik zu unterscheiden, sondern dadurch, dass eben diese Politik als Konsequenz einer eigenen, daher unterscheidbaren Wertorientierung wahrgenommen wird.

All diese skizzierten Signale verdichten sich zu dem, was man als aktuelle „Patriotismus-Debatte“ bezeichnet. An diesem Ausschnitt lässt sich das Thema „Profil“ besonders gut nachzeichnen, sie erlaubt zugleich, eine Fülle von Themen zusammenzubinden, sie unter dieses Stichwort zu stellen und darüber hinaus eigene politische Handlungsoptionen zu erörtern.

Der Feuilletonchef der „Welt“ Eckhard Fuhr liefert in seinem 2005 erschienenen Essay: „Die Berliner Republik als Vaterland“ mit dem Obertitel: „Wo wir uns finden“ die theoretische Begründung dafür, dass das Patriotismus-Projekt ein originär „linkes“ sei: „Sozialdemokratische Patrioten“ wie Gerhard Schröder werden „gebraucht“, ist sein Fazit.

Christlichdemokratische offenbar nicht. Die dort üblich gewordene Verwendung als Kampfbegriff gegen „vaterlandslose“ Unternehmer – in guter 68ger-Manier nach „gut“ und „böse“, nach „anständig“ und „unanständig“ sortiert –, wurde unterfüttert durch eine ebenfalls national orientierte, antieuropäisch akzentuierte aggressive Kapitalismus-/Kapitalistenkritik, die die „Linke“ revitalisiert: dass den „deutschen“ Arbeitnehmer (im Unterschied etwa zum polnischen, Oskar Lafontaine nannte das „Fremdarbeiter“!) zu bevorzugen eben „patriotische Pflicht“ sei. Das kommt an, 75 Prozent stimmen im Kern zu. Es macht nichts, dass Etatismus und Freiheit nicht zusammenpassen, es geht nicht um ökonomische Wahrheiten, es geht um Sammlung, Gemeinschaft, Instinkte jenseits der „harten“ Themen. Dabei bleibt es nicht bei Appellen und Fühligkeiten wie dem medial ausgeschlachteten Besuch des Bundeskanzlers am Grab seines gefallenen Vaters oder dessen Bild in Uniform und Stahlhelm auf dem Schreibtisch. Gestützt wird das einerseits durch eine gezielte Geschichtspolitik, personalpolitisch wie auch institutionell – das hat die CDU noch nicht so recht begriffen, in der richtigen Erkenntnis, dass Patriotismus und Geschichte einen Kontext bilden: Der geschichtspolitische Paradigmenwechsel der letzten Jahre hatte das klare Ziel, Themen wie Flucht und Vertreibung (Günter Grass) oder Bombenkrieg (Jörg Friedrich) nicht den „Rechtsgestrickten“ (sicher gemeint: die Union) zu überlassen: Die Konzentration auf die Täterrolle wird nicht mehr als geeignet betrachtet, das Identitätsbedürfnis der Gesellschaft zu befriedigen: Es bedarf auch der eigenen Opfergeschichte. Bezeichnend ist, dass Fuhr die Rückkehr zum neuen „Geschichtsgefühl“ mit Martin Walsers Paulskirchenrede 1998 einsetzen lässt. Dafür übergeht die „Linke“ vornehm ihren vorangehenden Beitrag zum Thema: Als ob „68“ nie stattgefunden hätte, als ob der tiefgreifende postnationale Paradigmenwechsel, der alles „Nationale“ bis hin zu sog. „Sekundärtugenden“ als a priori NS-belastet tabuisierte, nie vollzogen und v.a. aus den Bildungseinrichtungen flächendeckend eliminiert worden wäre. Wahrscheinlich wird man uns ein neues Geschichtsbild



präsentieren: „68“ als „Reinigung“ vom faschistoiden, restaurativen „CDU-Staat“ und daher als notwendige Voraussetzung eines „gereinigten“, geschichtsfühligen „Patriotismus von „links“.

Gestützt wird das andererseits, indem nach dem 11. September ein kulturelles Gegenbild wiederbelebt wurde, das Instinkte weckt und das sich ohne Mühe auch auf die europäische Ebene heben lässt: das kulturelle und „unsoziale“ Gegenbild USA: „amerikanisch“ als Antiidentität zu „deutsch“ und „europäisch“.

Wie kann sich die Union vor diesem Hintergrund positionieren und was kann sie in eine politische Konzeption umsetzen? Denn dass wir es nicht den „Linksgestrickten“ überlassen dürfen, ist ebenso klar, wie es zu wenig ist, den „Rechtsgestrickten“ nur immer wieder mit moralischer Entrüstung entgegenzutreten und ansonsten alles beim Alten zu belassen.

Sie muss sich des Themas so annehmen, dass es nicht als oberflächlich instrumentalisiert oder als bloße Wahlkampfaktik erscheint. Die Bürger merken, wenn man ihnen ein Produkt verkaufen will, das nur den Sinn hat, mit einer Wärmflasche zunehmende soziale Kälte erträglich zu machen. Ernst nehmen, das hat strategische, rhetorische und erhebliche inhaltliche Konsequenzen. Es bedeutet zunächst, es als langfristiges Projekt zu begreifen und unablässig selbst voranzutreiben. Die Union greift ja eine Fülle von Themen auf, von der Sprachpolitik bis zur Erinnerungskultur, die hier hin gehören, aber das wird weder angemessen kommuniziert noch erscheint es jeweils als Element einer eigenen, langfristigen Konzeption. Es bedeutet zum zweiten, das Thema breit und systematisch zu verankern, in der ganzen „Unionsfamilie“, statt den Begriff hier und dort etwas verschämt fallen zu lassen oder auf Einzelkämpfertum zu setzen. Das bedeutet zum dritten, sich an der Theorie-diskussion intensiv zu beteiligen; natürlich muss man Patriotismus in

erster Linie leben, das gilt für jeden Wert und für jedes Leitbild: Erst in einer Person „verkörpert“ werden sie überzeugend: ein nur abstrakter Diskurs über Freiheit oder über Solidarität oder über Patriotismus überzeugt nicht. Aber wenn die Linksintellektuellen (s. Fuhr/ Frankfurter Hefte 3/2005) den Ball nur unter sich halten, dürfte der Eindruck unvermeidbar sein, dass sich das Spiel auch nur in ihrer Hälfte abspielt und dass die intellektuellen Pässe der Union zu kurz geschlagen sind. Die Reaktionen im Vorfeld und im Nachgang zum Düsseldorfer Parteitag 2004 zeigen deutlich, dass das Bekenntnis allein nicht ausreicht.

Das bedeutet schließlich viertens, sich der diversen Tiefendimensionen des Themas wirklich bewusst zu werden und zu einer Konzeption zu bündeln. Denn letztlich verbirgt sich die Frage dahinter, was unsere, die „deutsche“ notabene, Gesellschaft zusammenhält und zusammenhalten soll. Oder wie der vormalige Bundesinnenminister Otto Schily es formulierte: „Ohne eine offensive Wertedebatte laufen wir Gefahr, dass sich lebensfeindliche, zukunftsverneinende und egoistische Tendenzen verstärken.“ Was können wir dagegen tun, dass unsere Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, sich atomisiert, in Resignation, Pessimismus, Zukunftsangst, Extremismus verfällt? Wie begegnen wir der unseligen autoaggressiven Neigung, sich selbst permanent schlecht zu reden, sich permanent selbst zu demotivieren? Wie schaffen wir ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Sympathie zu sich selbst: Opferbereitschaft, Anpacken, Optimismus, Selbstvertrauen, Selbstachtung, Selbstbewusstsein, Verantwortung? Und wie stimulieren wir bürgerliche Selbsthilfebereitschaft und ihre -fähigkeiten zugunsten einer Gesellschaft positiv empfundener, nicht als Zwang empfundener Eigenverantwortung? Damit erhält „Patriotismus“ eine zukunftsgerichtete Perspektive, die mit der Geschichte des Begriffs immer verbunden war: die Verbindung von Freiheit, Gemeinwohl und Verbesserungsimpuls.



Damit kommt das im Thema dieses Beitrags damit verbundene „Konservative“ ins Spiel. Markenzeichen der Union und ihre geistige Grundlage ist und bleibt das „christliche Menschenbild“. Mit ihm gelang, wie einmal formuliert wurde, „die Übersetzung religiöser Motive in eine Wirtschafts- und Staatsidee“ (Gerd Held), in die sich wiederum die drei Strömungen der Union: die (christlich-)soziale, die liberale und die konservative, letztere „wertkonservativ“ verstanden, einbetten lassen. Diese Leitbegriffe stehen daher nicht nebeneinander, sie sind dialektisch aufeinander bezogen, und sie erhalten nur durch diese Einbettung und ihre gegenseitige Beleuchtung ihren spezifischen Sinn, der zugleich ihre Grenzen markiert. So sehr es daher richtig ist, die CDU als „nicht konservativ, sondern christlichdemokratisch“ zu bezeichnen (Friedrich Merz), so falsch ist, hier Begriffe zu isolieren und gegeneinander auszuspielen, die sich erst in der Beziehung aufeinander sinnvoll erschließen. Die Frage nach dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft lässt sich eben nicht mehr mit Verweis auf die Wohlstands- und Sozialstaatsidentität der vergangenen Jahrzehnte beantworten, in denen „sozial“ und Wohlfahrtsstaat identisch gesetzt wurden, übrigens keineswegs in Übereinstimmung mit der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“. Sie lässt sich auch nicht mehr „liberal“ beantworten, denn nur der „Markt“ wird es sicher nicht richten, zumal die damit verbundene neoliberale Rhetorik abschreckt. Also „konservativ“. Aber was heißt das? Wird hier empfohlen, die Union zu einer „konservativen“ Partei umzupolen, und damit nicht nur Friedrich Merz zu überholen, sondern dem politischen Gegner auch eine *carte blanche* gegen die Union in die Hand zu geben? Nein, gemeint ist, die kritische – krisis bedeutet bekanntlich „Unterscheidung“ – Reflexion darauf, was vor dem Hintergrund der skizzierten „Wurzeln“ der Union zu „bewahren“ und zu „pflegen“ und damit zu einem Element ihrer „Marke“ zu machen sinnvoll ist. Dem Kurienkardinal Walter Kasper wird das Bonmot zugeschrieben: „Wer nach allen Seiten offen ist, kann nicht ganz dicht sein.“ Darum geht es.

Das bedeutet zum zweiten, „konservative Themen“ wirksam zu besetzen, und zwar immer bezogen auf unsere Fragestellung: Zusammenhalt unserer Gesellschaft, Patriotismus, geistige Führung.

Welche Themen das sind, lässt sich relativ leicht beantworten, auch wenn es politisch keineswegs leicht umzusetzen ist. „Konservativ“ hat immer mit Nation, Bildung und Kultur, dazu gehört die religiöse, zu tun. Patriotismus bezieht sich immer primär auf die eigene Nation, die mir etwas wert ist, der daher emotional positive Zuwendung gilt, ohne die anderen Nationen abzuwerten. Das setzt „nationale Identität“ voraus, das heißt: ein Bewusstsein von Eigenheit und Anderssein, von Abgrenzung ohne Ausgrenzung, wobei diese Eigenheit, ein „Deutscher“ zu sein, dazu beitragen soll, dieses Deutschland auch vom Gefühl her als sein „Vaterland“ zu empfinden. Identität konstituiert sich über verschiedene Elemente, die eben diese „nationale Eigenheit“ konkretisieren, über die Verfassungsordnung und das in ihr niederlegte Menschen- und Wertverständnis, die Geschichte, die Sprache, die Kultur, die Religion, über Symbole. Damit umgehen zu können, ist wiederum eine Bildungs- und Kulturfrage. Da wir unser Menschen- und Wertverständnis im Grundsatz mit allen europäischen („westlichen“) Staaten teilen, wird schon jetzt deutlich, dass „nationale“ und das, was man „europäische“ Identität nennt, nicht im Widerstreit stehen, sondern Teilidentitäten bestehen, die bei den europäischen Architekturprinzipien als Schnittmengen erscheinen, so dass „Europa“ nicht nur als ökonomische und politische Einheit erscheint, auf die die Nationen zunehmend ihre politische Souveränität übertragen (dadurch überholt sich der klassische, nur auf den eigenen souveränen Staat bezogene Nationenbegriff aus dem 19. Jh.), sondern als Wertegemeinschaft. Und da diese Wertegemeinschaft wiederum auf gemeinsamen „europäischen“ oder „westlichen“ oder „abendländischen“ kulturellen Grundlagen beruht, auch als Kulturgemeinschaft. Daraus folgt:



„Verfassungspatriotismus“ reicht nicht aus; für Dolf Sternberger, den Vater des Begriffs, verstanden sich vorangehende Identitätselemente von selbst, in die der Verfassungspatriotismus eingebettet wird. Er wusste, dass „Verfassungspatriotismus“ die Verankerung in Heimat, Sprache, Geschichte und Kultur voraussetzt, daher nur ein additives, darin gründendes, nicht ein ersetzendes Element sein kann. „Teilidentität“ meint dann schließlich, dass eben dieser Überschuss bleibt, der nicht vergemeinschaftet werden kann, sondern die Besonderheit, also die Identität der Nationen als Geschichts-, Sprach-, Kultur-, Religionsgemeinschaft ausmacht. Dieser kulturelle Nationbegriff wird auch in Europa weiterhin Bestand haben, die neu in die EU aufgenommenen mitteleuropäischen Staaten haben hier keine Probleme.

Was sind konkrete politische Konsequenzen? Aufgabe der Politik ist es, auch solche Elemente zu pflegen, zu verstärken, institutionell zu verankern, rhetorisch zu kommunizieren. Die Frage, wie wir diese Elemente „bewahren“, gibt Auskunft darüber, wie wir neu mit uns selbst umgehen wollen.

Ich greife vier zentrale Handlungsfelder heraus, die die Debatte mit konkretem Leben und politischen Zielvorstellungen füllen können:

1. Geschichtspolitik

Patriotismus setzt eine Identifikation mit der Geschichte voraus: Völker gründen sehr tief in ihrer eigenen Geschichte, das ist bei uns Deutschen nicht anders. Nur: die deutsche Geschichte ist eine gebrochene Geschichte, bis heute belastet nicht nur durch die Katastrophe der Jahre 1933 bis 1945, sondern auch durch die unterschiedliche Erinnerung in Ost und West. Und auf die beiden deutschen Diktaturen konzentriert sich auch die offizielle Geschichtswahrnehmung und Erinnerungskultur. Es

ist keine Frage, dass die Singularität des Holocaust eine unverrückbare Erinnerungskonstante darstellt und wir mit der Kollektivhaftung der Nachgeborenen für unsere Verantwortung angesichts dieser Geschichte zu leben haben. Es ist auch keine Frage, dass die Verbrechen des SED-Regimes nicht vergessen oder relativiert werden dürfen. Kann man aber nur ex negativo positive Identität entwickeln? Muss Geschichte nicht auch positive Gefühle auslösen, zustimmende Schwingungen, Affekte fördern, was sie dann leisten kann, wenn sich die Begegnung mit ihr über Traditionslinien, Leistungen, Ambiente vollzieht, die die Vergangenheit auch positiv veranschaulichen und zu der man sich auch emotional als zugehörig empfinden kann. Daher bedarf es komplementär der Pflege positiver Geschichtsbilder – gerade auch der Jahre nach 1945 –, der Pflege positiver Symbole und ihrer freiheitlich-republikanischen Tradition, und als Ausdruck der Kulturation der Vermittlung unseres großen kulturellen Erbes. Es ist die Besonderheit unserer deutschen Identität, dass sie aus dem Sowohl als Auch leben muss: „erlöst und vernichtet in einem“, wie Theodor Heuss es 1948 zum 8. Mai 1945 formulierte. Das heißt konkret: die Union muss deutlich kommunizieren, etwa durch ihre Bildungs- und Kulturpolitik, dass auch Trauergeschichte um eigene Opfer (Flucht, Vertreibung, Bombenkrieg) und „positive“ Geschichte vor und nach 1933 bis 1945 einschließlich der „Fernerinnerung“ und unter Einschluss ihrer Leistungen ihr Thema sind; Hans Maier hat kürzlich an die schöne Geschichte erinnert, dass der damalige Außenminister Bartoszewki den deutsch-polnischen Vertrag als das längste Dokument beider Völker seit Otto III. würdigte: die polnischen Eliten wissen und würdigen das, bei den Deutschen herrschte tabula rasa. Das gilt gleichermaßen für die Vermittlung des kulturellen Beitrags Deutschlands. Eine europäische Kulturgeschichte ist ohne die deutsche Kulturgeschichte nicht denkbar, wie umgekehrt die deutsche nicht denkbar ist ohne die europäische in Spannung, Ausgleich, Verwandlung. Goethe und Heine sind kein deutsches, sondern ein europäisches Ereignis. Welche Ahnung hat unsere Jugend noch von den großen Leistungen der



deutschen Musik?: Es gibt zweifellos kein Land in der Welt, das eine solche Fülle von Komponisten mit Weltgeltung hervorgebracht hat. Auf sein kulturelles Erbe kann man allerdings nur „stolz“ sein, wenn man darum weiß. Und wenn die Bildungs- und Kulturpolitik auf dieses kulturelle Erbe wirklich Wert legen würden, statt sich immer wieder im Jetzt zu verzetteln; das betrifft im übrigen gleichermaßen den Status der Geisteswissenschaften an den Universitäten.

2. Sprach- und Kulturpolitik

Die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach hat das „unterkühlte Verhältnis“ der jüngeren Generation in Deutschland zur eigenen Muttersprache beklagt und besonders die um sich greifende Manie der Anglizismen als „anbiedernde Bereitschaft“ bezeichnet, um Internationalität zu demonstrieren. Und das ist nicht nur in der Jugend der Fall. Es geht daher um Sprachpolitik und ein positives Verhältnis zur „Mutter“-Sprache. Statt eine entsprechende, auch internationale Sprachpolitik zu betreiben (s. Frankreich), lassen wir die Auswärtige Kulturpolitik verkümmern, zerstreiten wir uns über der Rechtschreibreform, scheinen erst jetzt zu begreifen, dass Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen Deutsch lernen müssen, haben im Vergleich zu anderen Ländern den geringsten Anteil muttersprachlichen Unterrichts an unseren Schulen und lieben es, noch die letzte Banalität auf Englisch auszudrücken. Die Missachtung der Sprache bedeutet zugleich die generelle Missachtung unserer Kultur, denn nur über Sprache vermittelt sich Kulturelles. Wir aber schaffen den kulturellen und allgemeinbildenden Auftrag von Schule immer mehr ab und sind schon glücklich, wenn wir PISA erfüllen, „Basisqualifikationen“ vermitteln können, Lesen, Schreiben, Rechnen und Computerbedienen, was offenbar auch schon nicht mehr so recht gelingt, was aber zweifellos nicht hinreichen wird, unser kulturelles Erbe zu tradieren. Und ich bewundere schließlich den Mut des

Bundespräsidenten, als er mit dem Satz „Ein ganzer Tell, das ist doch was“, das Regietheater in die Schranken forderte. Die negative Reaktion der Feuilletons war vorherzusehen, aber an dem Satz ist ja etwas Richtiges: Was sind eigentlich die Maßstäbe für Kunst, für Kultur hierzulande: Denn solcher wird es bedürfen, wenn mit Steuergeldern nicht mehr beliebig gefördert werden kann.

3. Werte, Religion, Leitkultur

Die Kultur- und Geistesgeschichte Deutschlands ist durch 1500 Jahre Christentum, Reformation, die Sprachbildung der Lutherbibel und durch eine große kirchenmusikalische Tradition geprägt. Heute erleben wir nicht nur steigenden religiösen Analphabetismus, über den auch die aktuellen „Events“ nicht hinwegtäuschen sollten. Das setzt allerdings voraus, dass nicht nur, aber v.a. der Religionsunterricht hierzulande auch entsprechende Inhalte vermittelt. Es ist sinnlos, mehr Unterricht zu fordern. Entscheidend ist doch, was dort eigentlich „rüberkommt“. Die alltägliche Erfahrung lehrt jedenfalls, dass je jünger die Generation, desto dünner das Eis, wenn es um die Zehn Gebote, Aufbau und Inhalt der Bibel oder gar die Geschichte der Christianisierung geht. Gleiches gilt für die politische Bildung: Wir haben in Deutschland offenbar auch völlig vergessen, dass die Prinzipien unserer freiheitlichen Demokratie, Menschenwürde und Freiheit, sich nur durch Rückgriff auf das christliche Menschenbild begründen lassen. Der heute ebenfalls langsam wieder zurückkehrende Begriff der „Leitkultur“ beschreibt daher nur die Selbstverständlichkeit, dass diese mehrheitliche, eben „dominierende“, durch das Grundgesetz und durch Recht und Gesetz festgelegte Wertordnung die Orientierungsmarke ist, an der sich Zuwanderer eben primär zu orientieren hätten, mehr jedenfalls als an mitgebrachten Sitten und Gebräuchen oder eigenen religiösen Einstellungen. Wir haben lt. PISA 2003 derzeit eine Risikogruppe von 21 Prozent der Jugendlichen,



in der großen Mehrheit muslimische Zuwanderer. Darauf nicht zu reagieren wäre verantwortungslos auch gegen uns selbst. Der Relativismus der Werte im Dauer-„Dialog“ hat sich überholt. Es geht um die Selbstbehauptung unserer eigenen Kultur durch entsprechende Maßnahmen: Sprachbeherrschung, staatsbürgerliche und auch historische Grundkenntnisse.

4. „Heimat“ und regionale Verbundenheit

Manfred Hättich hat einmal von der „Unentbehrlichkeit der Vaterländer“ gesprochen, und er machte damit auf die einfache, natürliche Gegebenheit aufmerksam, dass ein emotionales Verhältnis zu den Lebenskreisen, in die man hineingeboren wurde und in denen man aufgewachsen ist, was mithin „Heimat“ darstellt, eine ganz natürliche Gegebenheit ist und durch Liebe, Stolz, Respekt, Zuneigung, Sympathie, Wohlwollen gekennzeichnet werden kann. „Vaterland“, das ist der äußere Ring diverser Lebenskreise (Familie, Gemeinde, Arbeitswelt usw.), die er umschließt. Gerade in Zeiten zunehmender Dynamisierung und Globalisierung steigt das Bedürfnis nach „Heimat“. Dort begegnen die skizzierten Identitätselemente hautnah, kann die Verbundenheit mit einem Dorf, einer Stadt, einer Region, also „Heimat“, Sinn und Kraft geben, kann Freude spenden, kann zum Engagement ermuntern: Denn das aktive, dem einzelnen auch mögliche und ihn fordernde Leben von Verantwortung beginnt „zu Hause“, in der Familie, in der Nachbarschaft, im Betrieb, im Nahraum des eigenen Lebens, eben dort, wo („gestufte“) Verantwortung wirklich auszuüben und erfahrbar ist. „Im Hause, in der Familie muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland“, auf diese schöne Formel hat das einmal Adolf Kolping gebracht.

Natürlich geht im Laufe jedes individuellen Lebens vieles davon verloren, wird abgelegt, wird verdrängt oder schwächt sich ab. Aber auf der „inneren Landkarte“ zahlloser Menschen existiert „Heimat“ weiter, voll



kindlicher Gefühle und Erinnerungen. In den Ländern gilt es daher, das vorhandene kommunale und regionale Bewusstsein zu stärken, durch „Geschichte vor Ort“, durch Traditions- und Kulturpflege. Es war ein falsches Signal, dass der Begriff „Heimatkunde“ nach 1970 ohne hinreichende Begründung aus dem Unterricht unserer Schüler verschwunden ist.

Von Ernst-Wolfgang Böckenförde stammt der bekannte Satz, der freiheitliche Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen könne. Das mag für den Staat *cum grano salis* zutreffen, für eine Partei gilt das nicht. Sie ist vielmehr in der Pflicht, ihr Wertprofil zu verdeutlichen, um erkennbar zu sein. Es wäre eine zentrale Aufgabe für die Union, das auszuweiten, was hier nur für einem Ausschnitt aus ihrem Profilspektrum versucht wurde, für ein eher „konservatives“ Element, nämlich auf der Grundlage des „christlichen Menschenbildes“ zu klären, was eigentlich „sozial“ und „liberal“ heute bedeuten sollen.